

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 8-9.
Fernsprecher: E 7, Weichsel 4071. — Die Zeitung erscheint
leben Freitag — Telegrammadresse: Textilparis Berlin.



Anzeigen- und Verbandesgeber sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,
Berlin O 34, Memeler Str. 8-9 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,
nur durch die Post, vierteljährlich 6 M. Anzeigenpreis für die achtgespaltene Vorgiszelle 2 M.

Nummer 88

Berlin, den 12. August 1932

44. Jahrgang

„Die Republik, die Kapitalismus!“

Eine Wahlbetrachtung von E. N.

Der deutschen Republik wird es nicht leicht gemacht. Ihr Bestand wird immer und immer noch umkämpft. Kurz vor ihrem 13. Geburtstag mußte ihre Rechtsgrundlage abermals verteidigt werden. Man kann sagen, daß die, die gegen eine Verschlechterung der Weimarer Verfassung sind, als Sieger aus dem Reichstagswahlkampf hervorgingen. Hitlers und Hugenberg's Anhang, mitamt der Regierung von Papen, deren Mitglieder ebenfalls von einer „lebendigen Fortbildung unseres Verfassungsrechtes“ gesprochen haben, wozu sie wahrscheinlich auch das Gesetz über die Arbeitsdienstpflicht rechnen, haben am 31. Juli d. J. keine Mehrheit erlangt. Von 607 gewählten Mandaten erhalten alle Parteien rechts vom Zentrum 281. Um die Verfassung abzuändern, braucht es aber mindestens die Zweidrittelmehrheit, so daß eine Reform im Sinne der Rechten von der großen Mehrheit des wahlfähigen Volkes abgelehnt worden ist. „Wir wünschen den Rechtsinhalten der Republik so, wie er als Gesetzeswerk da steht“, ist eine der Entscheidungen, die man als Ergebnis der Reichstagswahl ansprechen kann.

Die zweite Folgerung ergibt sich vorerst nicht so eindeutig. Dennoch sind auch hierfür Anhaltspunkte da. Rechnen wir in bestimmten Fragen der Reichspolitik, vor allem in bestimmten Fällen der Wirtschafts-, Lohn-, Sozial- und Kulturpolitik zu den 281 Rechten noch die 97 Mandate des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, dann läßt sich allerdings mit einer festen Reichstagsmehrheit eine Politik machen, die der Arbeitnehmerschaft viele Nachteile bringen kann. Die Gegnerschaft zum Kapitalismus — und das sollte mit dieser Rechnung vorerst nur dargestellt werden — drückt sich im Wahlergebnis bei weitem nicht so einhellig und klar aus, wie die Gegnerschaft zur Monarchie oder zur autokratischen republikanischen Verfassung.

Hier bleibt den Arbeiterparteien, besser den Arbeiterwählern, noch manche klärende Ergänzung zu tun übrig. Ob sie das Zentrum, ob sie sozialistisch oder kommunistisch wählen, sie müssen dafür sorgen, daß ihre Interessen, ihre Alltagsbedürfnisse und Zukunftsziele in der politischen Tätigkeit des Reichstages, in seiner Arbeit fördernde Berücksichtigung finden. Und sie dürfen es nicht dulden, gerade weil in dieser Beziehung das Volk ohne Vorbehalt entschieden hat, daß der Reichstag seine Arbeit nicht im Sinne der Verfassung aufnimmt, sondern in Ferien geht oder sich in Ferien schicken läßt und mit Notverordnungen und einer sehr selbstherrlichen Regierung, die gleichfalls von der Volksmehrheit verurteilt wurde, weiter regiert wird. Dem kompakten Block der Verteidiger des Kapitalismus steht im Reichstag keine gleichgerichtete Front der Arbeitnehmer, erst recht nicht der Sozialisten, gegenüber. Zur praktischen Aufgabe der sozialistischen Reichstagsabgeordneten gehört es aber, mehr als früher gerade in dieser Krisenzeit die Grundsätze, die den Sozialismus vom Kapitalismus unterscheiden, zu beachten und sie zum Maßstab

Protest gegen die Papen-Notverordnung

Der DTV gegen die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung

Die Papen-Notverordnung, die eine wesentliche Kürzung der Arbeitslosenunterstützung brachte, hat unter der Arbeiterschaft eine begriffliche Erregung ausgelöst. Beim Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes sind aus verschiedenen Ortsgruppen über die Unterstützungskürzung und deren Wirkung Beschwerden eingelaufen, die zum entschiedenen Protest gegen diese Notverordnung herausfordern. Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Ver-

bandes hat deshalb in seiner Sitzung vom 4. August zum Ausdruck gebracht, daß die Unterstützungskürzungen weit über ein erträgliches Maß hinausgehen und die Erwerbslosen dem größten Elend aussetzen. Infolgedessen hat der Hauptvorstand in einer Eingabe an den DGB gefordert, sofort geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Papen-Notverordnung zu beseitigen. Durch ein geeignetes Vorgehen der Spitzenverbände verspricht sich der Hauptvorstand den besten Erfolg.

Das Ende der Reparationen

Einige Einzelheiten aus der Reparationsgeschichte

„Reparationen“ bedeutet Wiedergutmachungen — man denke an das auch uns geläufige Wort „reparieren“. Nach Beendigung des Krieges verlangten die Gegner Deutschlands, daß dieses sich verpflichtete, alle Schäden wieder gutzumachen, die ihnen durch den Krieg zugefügt worden seien.

Die erste Summe, die von der Reparationskommission am 27. April 1921 festgesetzt wurde, belief sich auf 132 Milliarden Goldmark.

Das Londoner Abkommen vom 16. August 1924, das auf dem Bericht einer vom Amerikaner Dawes geführten Kommission fußte, „regelte“ die Leistungen Deutschlands von neuem. Nach einer vierjährigen Atempause sollten ab 1928 2,5 Milliarden Goldmark jährlich geleistet werden. Hierzu konnte ein Indezusatz, aber auch, im Falle des Nichtvermögens, ein Abschlag von unbegrenzter Höhe erfolgen. Für 960 Millionen M. jährlich begann eine Laufzeit von 37 Jahren, für 1540 Millionen M. sowie für den Indezusatz eine unbestimmte Laufzeit.

Durch den Young-Plan, beruhend auf dem Haager Abkommen vom 20. Januar 1930, erfolgte eine Revision des Dawes-Plans. Die Gesamtreparationslast, die Deutschland danach ab 1. November 1929 noch tragen sollte, wurde auf 112 Milliarden M. festgesetzt, eine ebenfalls noch phantastische Summe. Diese Schuld sollte nunmehr in 59 Jahren, also bis 1987, abgetragen werden. Ein besonderer Jahresplan sah Leistun-

gen vor, die mit 1,7 Milliarden jährlich begannen, in den ersten 37 Jahren bis zu 2,4 Milliarden M. stiegen und in den letzten 22 Jahren bis auf 0,9 Milliarden M. sanken. Jede Jahresleistung (Annuität) zerfiel in zwei Teile, und zwar in einen unaufschiebbaren Betrag von 660 Millionen M., der in jedem Falle gezahlt werden mußte, und in einen Restbetrag, für den in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten ein Zahlungsausschub bis zur höchstdauer von zwei Jahren gewährt werden konnte. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Dawes- und Young-Plan besteht in der Kommerzialisierung der im letzteren Plan vorgesehenen Schuld. Darunter ist die Umwandlung der politischen in eine rein finanzielle Schuldverpflichtung zu verstehen. Es sollte alles als reine geschäftliche Verbindlichkeit behandelt werden. Deshalb fielen auch gewisse politische Beschränkungen weg, wie z. B. der Reparationsagent, das Transferromitee (d. h. jene Kommission, welche die Überleitung des deutschen Geldes ins Ausland überwachte) usw. Und noch ein wesentlicher Punkt war der Wegfall des Sanktionsvorbehaltes (der Vorbehalt, Vergeltungsmaßnahmen auszuüben). Nur bei böswilliger Zerreißen des Planes durch Deutschland und die Feststellung dieser Tatsache durch den Internationalen Gerichtshof im Haag hätten sie noch ins Wert gesetzt werden können.

Da Deutschland im Juli vorigen Jahres seine Zahlungsunfähigkeit erklärte und auch beweisen konnte, bekam es, auf Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover, einen einjährigen Zahlungsausschub.

ihres Verhaltens zu machen, wenn es gilt, der deutschen Wirtschaft, der Deutschen Republik und nicht zuletzt ihrem Volke und seinen Lebensansprüchen gerecht zu werden. Das Volk? In seiner Mehrheit ist es republikanisch und — was noch wichtiger ist — proletarisch und zumindest im Gefühl dem Kapitalismus feind! Werden künftig diese Tatsachen politisch recht gewertet, dann muß sich nicht bloß ein Zusammenspiel der Kräfte im Parlament ergeben, die mit und für die Arbeiterklasse sind (Arbeiter im weitesten Sinne gedacht), es muß dann auch trotz des fehlenden klaren Bekenntnisses möglich sein, den Staatsapparat dort gegen die bestehende Wirtschaftsordnung einzusetzen, wo sie überlieferte Formen, Vorrechte und Herrschaftsverhältnisse zu beden, zu stützen oder gar

neu zu fundamentieren denkt. Die Einheitsfront der Arbeitnehmer, von den Massen sehnsüchtig erstrebt, von mancher Seite leider nur zu oft propagandistisch mißbraucht, bekäme so einen neuen Auftrieb und Sinn und könnte für die Arbeit außerhalb des Parlaments nachahmenswertes Vorbild sein.

Es ist keine leichte Arbeit, vor der die Vertreter der Arbeitnehmer im Reichstage gestellt sind. Ihren Händen, ihrer Verantwortung, ihrer Entschluß- und Tatkraft ist aber ein Gut anvertraut worden, mit dem es sich trotzdem für die Arbeitnehmer und für den Sozialismus wuchern läßt. Beides wird gebraucht, beides verlangt die Zeit und die Entscheidung der Wählerschaft. Wir müssen die Verzettelung proletarisch-sozialistischer Kraft vermeiden, zu beenden suchen, weil wir nur dann die vielen Härten abzuwenden vermögen, die der

Die Konferenz in Lausanne, die im Juli 1932 tagte, setzte als endgültige Reparationssumme 3 Milliarden M. fest, deren Verzinsung und Amortisation nicht vor 3 Jahren zu beginnen braucht.

Ob es damit sein Bewenden haben wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Jedenfalls zeigt dieser Auschnitt aus der Reparationsgeschichte, daß Festsetzung und Bezahlung von Kriegsschulden zweierlei Dinge sind. Während des Krieges erklärte der kaiserliche Schatzkanzler Helfferich im Reichstag, den Feinden werden die Kosten des Krieges wie ein Bleigewicht angehängt werden. Man hat sie uns angehängt, und wenn auch nicht alles bezahlt wird, was man von uns verlangt, so sind immerhin schon ganz hübsche Summen ins Ausland gewandert. So betrugen die deutschen Leistungen an den Generalagenten bis September 1929 auf Grund des Dawes-Plans 7970 Millionen Goldmark. Darunter befinden sich allerdings Teilbeträge von Auslandsanleihen, die erst manchmal eine Zahlung ermöglichten. So stellen nur knapp drei Viertel der Gesamtzahlungen eigentliche Reparationszahlungen dar. (Vgl. auch Deutsche Wirtschaftskunde. Ein Abriss der deutschen Reichsstatistik. Bearbeitet im Statistischen Reichsamte. Berlin 1930, S. 332 f.) Was die Sachleistungen anbetrifft, so waren sie ein nicht zu unterschätzender Faktor, einen Teil der deutschen Wirtschaft im Betrieb zu halten. Sie waren deshalb den Wirtschaftskreisen der gegnerischen Vertragsmächte höchst un bequem.

Das sind indessen nicht die gesamten Reparationen, die geleistet wurden. Vor Inkrafttreten des Dawes-Planes hat Deutschland bis Ende 1922 insgesamt, aus Sachleistungen und Geld bestehend, einen Wert von 41,6 Milliarden Goldmark abgeführt. Dazu kam eine weitere Abgabe während des Ruhrkampfes an die nicht vertragsbrüchigen Gläubigerstaaten, so daß sich die Summe auf 43 Milliarden Goldmark erhöht. Rechnet man die Leistungen auf Grund des Dawes-Planes hinzu, so ergibt sich alles in allem eine Summe von 51 Milliarden Goldmark. Damit übersteigen diese Leistungen bei weitem das, was überhaupt auf Grund des Vorfriedensvertrages, der sich auf die bekannten 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson stützte, ausgeführt werden sollte. Man kann die 3 Milliarden Mark, die noch deutscherseits auf Grund des Lausanne vereinbarten Vertrages geleistet werden sollen, als ein weiteres Geschenk an die „Reparationsgläubiger“ betrachten, das der von Hitler gestützte Reichskanzler von Papen großzügig gewährte. J. J.

Arbeitnehmerschaft als Krisenlast zugeordnet sind und zugeordnet werden sollen. Wir brauchen aber auch ein einheitliches, zielbewusstes Vorgehen, das die Aufgaben der Sozialisten genau so gründlich würdigt, als die Kräfte und die Mittel, die für oder gegen ihre Bewältigung sind, da wir nur in dieser Weise auf die Dauer in unserem Kampfe Erfolg haben und dadurch unserer Bewegung den erforderlichen Schwung und die nicht zu entbehrende Anziehungskraft geben können. Das halten der Stellung kann zu einer bestimmten Zeit, in einem bestimmten Kampfabschnitt ein Gewinn sein. Immer aber dürfen wir uns dessen nicht rühmen, da unser Können und die Richtigkeit unseres Tuns auch davon abhängt, ob wir vorankommen,

Direkt Pleite

Die größte Zahlungseinstellung in der Textilindustrie nach Laufen und Blumenstein ist die Insolvenz der Vereinigten Textilwerke Wagner u. Moras A.-G. in Zittau. Noch Anfang Mai d. J. ließ die Firma an ihren Direktkläden Klafate anklieben mit dem Aufdruck: „Es geht weiter.“ Aber schon wenige Tage darauf schritt die Entwicklung über diese selbstherrliche Zukunftsversicherung hinweg. Es ging nicht mehr weiter. Am 21. Mai wurden die Betriebe stillgelegt. Tausende von Textilarbeitern sowie deren Angehörige bekommen wieder einmal die Unfähigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsführer tagen, tagaus aufs bitterste zu spüren. Es erscheint daher angängig, die Entwicklung der Großpleite in der Baumwollindustrie kurz festzuhalten.

1911: Gründung der Wagner u. Moras A.-G. in Zittau mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark. Die Gesellschaft übernahm bei der Gründung die beiden Firmen Wagner u. Moras und Mech. Schlichterei Moras u. Co. in Zittau.

1917: Erwerb der Baumwollspinnerei der Firma F. Schmitt Nachf. Anton Lehrer in Zittau.

1921 beteiligen sich u. a. die Wagner u. Moras A.-G. in Zittau, die Reis u. Co. in Friedrichsfeld und die Wagner u. Co. Kommanditgesellschaft in Zittau an der Gründung der Hermann Wünsches Erben A.-G. in Ebersbach.

Ende 1923 errichten die Firmen Wagner u. Moras A.-G., Hermann Wünsches Erben A.-G. und Wagner u. Co. Kommanditgesellschaft eine gemeinsame Dachgesellschaft unter der Firma Vereinigte Deutsche Textilwerke A.-G., Zittau, zum Zwecke der Zusammenfassung und Pachtung der Betriebe der Gründerfirmen.

1927: Pachtung der Seidenweberei S. Heymann A.-G. in Ostrib.

1930: Verschmelzung der Firmen Wagner u. Moras A.-G., Zittau, Hermann Wünsches Erben A.-G., Ebersbach, Vereinigte Deutsche Textilwerke A.-G., Zittau, Kommanditgesellschaft Wagner u. Co., Zittau, und S. Heymann A.-G., Ostrib, unter der Firma: Vereinigte Textilwerke Wagner u. Moras A.-G., Zittau.

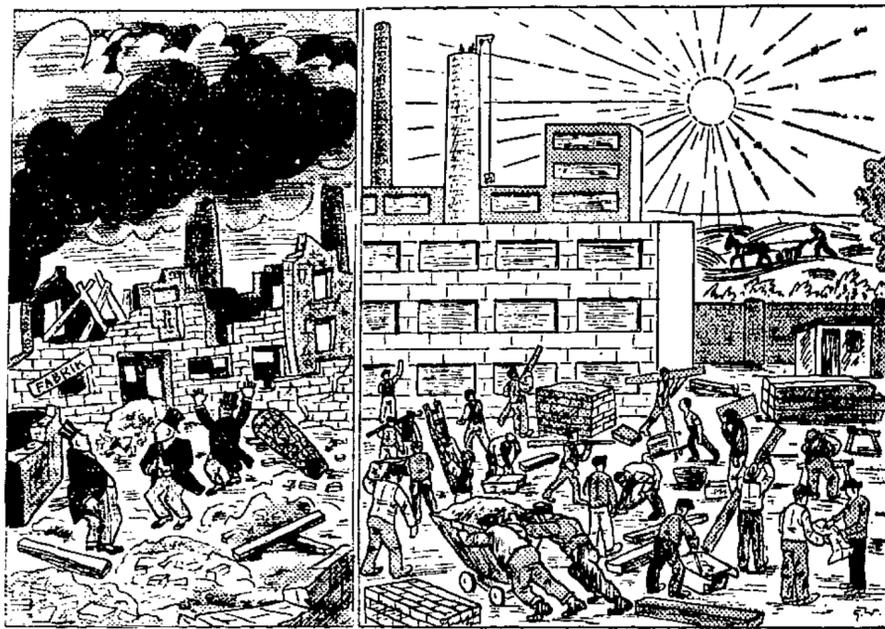
1931: Erwerb von nom. 897 000 Mk. Aktien der Baumwollspinnerei Speyer A.-G. Mitgründung der Färberei Römer A.-G. in Löbau. Aktienkapital: 700 000 Mk., zur Hälfte von Wagner u. Moras übernommen. Errichtung von rund 200 Direktkläden.

Gründung der „Organisationsgesellschaft der Vereinigten Textilwerke Wagner u. Moras A.-G., G. m. b. H., Berlin“. Stammkapital: 20 000 Mk.

Wie bei allen Aktienpleiten war auch bei den „Führern“ des Wagner u. Moras-Konzerns der Nachtlunger das treibende Element. Je notwendiger eine Sanierung wurde, desto mehr glaubte man sich ausdehnen zu müssen. Dazu benützte man à la Joseph die Kredite der Banken. Das riskable Arbeiten mit fremdem und oben-dreißig zum großen Teil öffentlichem Gelde ermöglichte u. a. auch die Sächsischen Staatsbank. Die Ueberspannung der Konzentrationsmöglichkeiten hatte wiederum eine Ueberhebung des Verwaltungsapparates zur Folge.

Eine ganze Anzahl neuer Direktoren- und höherer Verwaltungsposten wurde geschaffen. Was für Mammutgehälter diese Herren erhalten haben müssen, läßt sich daran abschätzen, daß fünf Aufsichtsratsmitglieder des Konzerns selbst zur Zeit der Zahlungsschwierigkeiten noch ein Einkommen von „nur wenig“ über 100 000 Mk. hatten. Die Arbeiter und kleinen Angestellten konnte man dafür nicht genug abbauen und mehrbelasten.

In dem von der Treuhand A.-G. aufgestellten Vermögensstand der Vereinigten Textilwerke Wagner u. Moras A.-G. werden die Grundstücke (955 000 Quadratmeter, davon 263 700 Quadratmeter bebaut), Gebäude, Maschinen (darunter rund 200 000 Spindeln und 4000 Webstühle) usw. mit 7,14 Millionen



Der Kapitalismus stürzt — der Sozialismus bringt Arbeit und Brot

Mark bewertet, welche durch Teilschuldverschreibungen, Hypotheken usw. voll beansprucht sind. An weiteren Aktiven erscheinen Ladeneinrichtungen, Patente, Kraftwagen mit zusammen 150 000 Mk., Beteiligungen mit 71 000 Mk. Von den Forderungen an abhängige Gesellschaften bleiben abzüglich der Abtretungen 867 000 Mk., von solchen aus Warenverkehr in Gesamthöhe von 1,373 Millionen Mark nach Ablegung der Abtretungen 98 000 Mk. frei. An freien Darlehen sind vorhanden 106 000 Mk., an Wechseln, Kasse, Bankguthaben usw. unter Abzug der Sperrkonten 89 000 Mk. Die eigenen Teilschuldverschreibungen im Betrage von 1,085 Millionen Mark sind völlig geperert und verpfändet. Bei den freien Aktiven in Höhe von rund 3,038 Millionen Mark verbleibt nach Abhebung der bevorrechtigten Forderungen, Pfandschulden und Verfahrensosten von 2,805 Millionen Mark eine freie Aktivsumme von 233 000 Mk. Demgegenüber stellen sich die gesamten nicht bevorrechtigten Forderungen auf 12,8 Millionen Mark.

Der tausend Mark verbessert werden dürfte. Damit dürfte im wesentlichen die Geschichte der Entstehung und des Unterganges des Wagner u. Moras-Konzerns umrissen sein. Im Interesse des großen Heeres der Arbeiter und Angestellten und nicht zuletzt im Interesse des gesamten Volkes ist dringend zu fordern, daß die nicht unschuldigen Bankgläubiger alles daran setzen, um möglichst schnell aus dem Trümmerfeld das zu retten, was noch zu retten ist, und auf diese Weise wieder viele Arbeitnehmer in Lohn und Brot kommen.

Politische Wochenschau

Nord-Terror

Die „aufbauwilligen Kräfte“ des Herrn v. Schleicher haben noch in der Nacht nach den Wahlen in Ostpreußen ein Terrorregiment aufgerichtet, wie es in der Geschichte des Reiches noch niemals der Fall war. Die Opfer dieser gewalttätigen Terrorakte waren Sozialdemokraten, Kommunisten und politisch linksstehende Persönlichkeiten. Eine Anzahl Tote und Schwerverletzte waren das Ergebnis einer einzigen Nacht. Jeder Tag der vorigen Woche hat neue Blutopfer gefordert. Aus Königsberg berichten Augenzeugen dieser schrecklichen Gewaltakte, daß sie glauben, „die Nacht der langen Messer“, die wiederholt von nationalsozialistischen Rednern angekündigt worden ist, sei ausgebrochen. Die moralische Schuld an diesen Schändlichkeiten, deren sich ein jeder Deutscher schämen muß und sollte, fällt zurück auf die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Hitler mit seinem Stabe trifft die volle Schwere der Verantwortung für das, was geschehen ist. Denn diese Terrorakte sind das Ergebnis seiner hemmungslosen und heherischen Agitation, deren sich die nationalsozialistischen Führer in Wort und Schrift schuldig gemacht haben. Natürlich ohne daß sie von den staatlichen Organen in entsprechender Weise, wie man dies in linksstehenden Kreisen gewohnt ist, zur Ordnung gerufen worden sind. Die Behörden haben den Nationalsozialisten gegenüber eine Langmut bewiesen, wie man sie sonst nicht gewöhnt ist.

Eine große Anzahl rechtsgerichteter Zeitungen sind dabei, diese ruchlosen Gewalttätigkeiten der Nationalsozialisten zu ent-

schuldigen. So unter anderen auch die „DZ“, das Blatt der Papen-Regierung. Sie schreibt in Nr. 361 vom 4. August 1932 u. a.:

„Wir wissen sehr gut, daß die Nationalsozialisten unter der früheren Preußenregierung unterdrückt und in manchen Orten bis aufs Blut gepeinigt worden sind. Wir wissen auch, daß in Königsberg ebenso wie an anderen Stellen Nationalsozialisten in geradezu veltischer Weise abgeschlachtet worden sind.“

Gestiftlich überfiel die „DZ“, daß die Zeitungen der Nationalsozialisten fortgesetzt mit dem Mord gedroht haben. Sie verschweigen, daß Hitler vor dem höchsten Staatsgerichtshof von „Körperrollen“ sprach. Die „DZ“ verschweigt, daß ein Ministerpräsident Röber in den Wahlversammlungen davon sprach, Novemberlinge aufzuhängen und so lange hängen zu lassen, bis sie die Krähen gefressen haben. Die „DZ“ scheint nicht mehr zu wissen, daß der Mord an Rathenau und Erzberger von denselben Leuten verübt worden ist. Die Fememörder haben ihr Mhl in der NSDAP. aufgeschlagen. Ein nie abgerissener Blutstrom kennzeichnet den Weg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Angesichts dessen solche Entschuldigungen auf fabrizieren, heißt die Gewissenlosigkeit auf die höchste Spitze treiben. Aber wie gesagt, die „DZ“ steht mit ihrer Auffassung nicht allein. Es gibt eine Reihe anderer Blätter, die ebenfalls die Bluttaten entschuldigen oder totschweigen. Diese Art kennzeichnet die politische Verrohung, Verleumdung, die in rechtsstehenden Kreisen eingetreten ist.

Die Regierung Papen, namentlich Herr v. Gayl und der Reichskommissar Dr. Bracht, scheinen unendlich besorgt um das Tun der Nationalsozialisten zu sein. Sie beraten die ganze Woche, wie man dieser Terrorbewegung entzählen Einhalt gebietet. Bis zur Stunde sind sie jedoch über die Beratungen nicht hinausgekommen.

Die Regierung v. Papen hat keine Reichstagsmehrheit

Durch die Wahlen zum Reichstag ist eine Konstellation geschaffen worden, wie kaum zuvor. Die Regierung Papen findet keine Mehrheit, wie überhaupt eine regierungsfähige Mehrheit aus dem Reichstag heraus nur schwer zustandekommen kann. Es ist dies nur möglich, wenn eine Verständigung zwischen den Nationalsozialisten und der Zentrumspartei erfolgt. Eine solche Verständigung scheint jedoch in weite Ferne gerückt zu sein. Die nationalsozialistische Presse schimpft und tobt gegen das Zentrum, wie dies noch nie der Fall gewesen ist. Die Führer des Zentrums wurden in der gleichen Weise bedroht wie bisher die Margiften. Der preussische Abgeordnete Kube hat einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er glatt herauslagte: „Die Nationalsozialisten in Preußen lehnen eine Statthalterchaft getarnter Zentrumsleute in dem Staat Friedrichs des Großen ab!“ Im übrigen treten die Nationalsozialisten recht selbstbewußt auf. Sie verlangen die Auslieferung der gesamten Macht im Reich und in Preußen, obwohl sie nur eine Minderheit darstellen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß dieses selbstbewußte Auftreten der Nationalsozialisten auf Besprechungen, die zwischen dem Braunen Haus und der Bendlerstraße stattgefunden haben, zurückzuführen sind. Daß das Zentrum nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen die Regierung Papen tolerieren und eine Koalition mit den Nationalsozialisten nur dann eingehen dürfte, wenn bestimmte politische Voraussetzungen hierfür getroffen sind, liegt klar auf der Hand. Immerhin, die Aussichten für eine verfassungsmäßige Wehrheit sind schlechter denn je. Die Nationalsozialisten verlangen rund heraus ein Verbot der Kommunistischen Partei; ganz natürlich, dann hätten sie die glatte Mehrheit. Ein Verbot der KPD. ist aber ohne groben Verfassungsbruch nicht möglich.

Sozialistische Beamtenausreißung

Inzwischen ist in Preußen und auch im Reich ein „Großreinemachen“ erfolgt. Man hat sozialdemokratische Beamte ohne Rücksicht auf ihr Können aus ihren Stellen vertrieben. Man hat jede Scheu fallen gelassen und hat ganz offenkundig nach politischen Gesichtspunkten die Beamten ihrer Posten entzählen. Zuletzt ist auch der Genosse Wisseil, der Berliner Schlichter, der Ministerialrat Dr. Joachim, unser Kollege Kraebig und andere das Opfer jener Politik der Regierung Papen geworden. Man hat viel Blöße freigemacht, es ist ganz natürlich, daß die Nationalsozialisten ihre Anwärter repräsentieren.

ob wir dem Kapitalismus in seinen eigentlichen Stützpunkten Boden abgewinnen. In diesem Falle beschäftigen wir uns dann mit den Härten der Krise nicht nur, weil sie für die Arbeitnehmerschaft Not bringt, wir betrachten sie auch als Grund, als Antrieb, die Wirtschaftsförderungsfreier zu organisieren und zu führen. Dieser Zugang in den kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus muß vollbracht werden. Er wird gelingen, wenn wir stärker und einiger als heute sind. Das sachgemäße Verhalten gebener politischer Macht hat also zugleich Voraussetzung zu einem Verdienstfachen unterer Nacht zu sein.

Können wir außerhalb des Parlaments diesen Wachstumsprozess unterstützen? Und ist die Gesellschaftliche Macht ist nur zum Teil auf Zeit an bestimmte Formen gebunden. Nebenbei vertiert sie sich oder wächst an, sammelt sich bei anderen Gesellschaftsschichten und wird nach vielerlei Methoden und bei jeder öffentlichen Angelegenheit zum Einsatz gebracht. Unsere Gewerkschaften — das wollen wir in der Hitze des politischen Tageskampfes bei aller Eigenart des gegenwärtigen Nachtlumpes nicht ver-

gesten — sind nach wie vor wertvolle, unerzeggare Stützen und Instrumente der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe um Arbeit und Brot und um eine andere Lebensordnung. Für die parlamentarische Aktion der Arbeitnehmerschaft ist die zunächst wichtigste Entscheidung gefallen. Damit nun in der deutschen Republik der Sozialismus wirklich eine Heimstatt findet, gilt es, das Wahlergebnis durch eine entsprechende Gewerkschaftspolitik dauernd außerparlamentarisch zu regulieren und zu vervollständigen. Galt darum unser ganzes Tun dem Wahlkampf, und hier nicht zuletzt der Eisernen Front, so muß jetzt die Gewerkschaftsarbeit mit gleichem Elan, mit gleicher Ausdauer in Angriff genommen werden. Gewerkschaftsarbeit ist heute mehr denn je Frontkampf. Wer kein Feigling ist, wenn die Etappe nicht befriedigt, wenn Sozialismus nicht nur Mode, Streitegegenstand oder Lippenbekenntnis ist, der kommt und hilft, wenn in den nächsten Tagen die Gewerkschaftsbewegung, der Verband ruft zum harten, nichtsdestoweniger normierenden, erfolgsprechenden und beglückenden Kleinkrieg des proletarischen Klassenkampfes.

UNTERHALTUNG UND WISSEN



Die Geschichte eines amerikanischen Seemanns : : Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin
Illustriert von Georg Wilke

(32. Fortsetzung)

Ein paar Mann lagen faul in ihrer Bunt. Als ich hereinkam, sahen sie mich schlaftrig an, ohne irgendein Interesse oder irgendein Erstaunen zu zeigen. Solche unerwarteten Auffrischungen der Mannschaft schienen zu oft vorzukommen, als daß sie wert gewesen wären, sie zu beachten. Ich habe später einmal gehört, daß in einem Dugend Hafen, die die Porikke gelegentlich angelaufen pflegte, immer zwei oder drei Mann am Ufer lagen, die aus diesem oder jenem Grund kein andres Schiff kriegen konnten oder unbedingt fort mußten, weil die Räte zu heiß wurden, und nun täglich beteten: „O Herr der Schiffe und Heerscharen, laß die gute alte Porikke hereinkommen!“ Denn auf der Porikke fehlten immer zwei oder drei Mann, und ich bin sicher, daß die Porikke noch nie in ihrem Leben jemals mit voller Mannschaft gefahren ist. Man sagte der Porikke auch sonst noch etwas Häßliches nach. Es wurde behauptet, ihr Skipper sei schon viele, viele Male zu den Galgen gegangen und habe die Gesenken untersucht, ob nicht noch ein Fünftchen Leben in ihnen zurückgeblieben sei und sie noch so viel Altem hätten, um ein Sa zu flüstern und angemühtert zu werden für die Porikke. Diese Nachrede ist häßlich, das weiß ich, aber sie ist nicht aus der Luft gegriffen und keiner Rache aus dem Ohrläppchen gefaßt. Ich fragte nach einer leeren Bunt. Einer der Leute deutete mit dem Kopfe nach einer oberen Schachtel. Ich fragte, ob auch niemand drin verreckt sei. Der Mann nickte und sagte dann: „Die untere Kommode ist auch frei.“

So nahm ich die untere. Der Mann verlor jegliches Interesse an mir und meinem Tun. In der Bunt war keine Matratze, kein Strohsack, kein Kissen, keine Decke, kein Bettuch. Nichts. Nur das nackte wurmfressene Holz. Und sogar an dem Holze hatte man jeden Millimeter gelpart, der nur gerade noch abzapfen war, damit man den Koffer für menschliche Gebelne noch Bunt nennen könne und nicht etwa einen Schirmkoffer. In jeder der beiden Bunts, die der meinen gegenüberlagen, die eine oben, die andere unten, lagen Lumpen und zerrissene alte Säcke. Das waren die Matratzen für die Mannschaften, die jetzt auf Wache waren oder auf dem Deck herumlungerten. Als Kissen hatten sie altes Tauwerk. Daß man auf altem Tauwerk schlafen könnte, mußte also doch keine Sage aus fernen Zeiten sein. In der Bunt, die über der meinen lag, in der also kürzlich einer verreckt war, vielleicht gestern erst, lagen keine Lumpen. Wenn ich auf meiner Bunt saß, so konnte ich die gegenüberliegende Bunt erreichen, ohne daß ich die



Die mittlere Kommode ist auch frei —

Beine hätte lang ausstrecken brauchen. Ich stieß bereits mit den Knien an, während ich hier saß. Der Schiffsbauer war ein guter Rechner gewesen. Er hatte ausgerechnet, daß auf einem Schiff immer ein Drittel oder manchmal sogar die Hälfte der Mannschaft auf Wache ist in der Zeit, wo die Bunts im Gebrauch sind. Aber es traf sich, daß wir drei Mann, die wir in diesem Abteil wohnten, alle dieselbe Wache hatten, so daß wir alle zu gleicher Zeit uns hier in diesem Raum, der zwischen den Bunts kaum einen halben Meter breit war, aus- und ankleiden mußten. Dieses Gewimmel von sich bewegenden Armen, Beinen, Köpfen und Schultern wurde noch unübersichtlicher, als in einem Nachbarquartier ein Mann mit seiner Bunt herunterdrach und die gebrauchen mußte, wo der eine verreckt war. Wie sich das ja immer so hat, so war es auch hier: der neue Quartierbewohner gehört mit zu unfrer Wache, und nun waren die Einzelheiten des Gewimmels beim An- und Auskleiden überhaupt

nicht mehr zu unterscheiden. Wenn es gar zu arg durcheinanderging, so daß die Schiffsglocke schon die Wache ausrief, dann schrie der eine oder der andre plötzlich ein brüllendes Hakt! aus, bei dem nach stillem Uebererintommen jeder von uns still hielt für die Dauer einer Sekunde. Dieses Hakt! durfte nicht unnützlich geführt werden, sondern nur dann, wenn einer in höchster Not war, daß er seinen linken Arm verloren hatte oder sein rechtes Bein sich mit dem linken Bein eines der andern Insassen so vertauscht hatte, daß man ohne dieses Hakt! nie herausgefunden hätte, daß der Martin mit dem rechten Bein des Bertrand auf Wache ging, während Bertrand erst bei Tagesanbruch merkte, daß er die ganze Wache hindurch mit der rechten Hand des Martin und mit der linken des Hendrik das Ruderrad gequirit hatte, während ich die Hände Bertrands verdrehte und überhaupt nicht wußte, wer meine abnutzt.

Ernstere Folgen hatte es schon, wenn im trüben Halbglummer der ruhenden Quartierlampe Bertrand mit seinem rechten Bein in das linke Bein seiner eignen Hose stieg, während er mit seinem linken Bein voll angezogen im rechten Bein der Hose Henricts steckte. Manchmal kostete es zwei halbe Hosen, manchmal kostete es nach allen Seiten herumfliegende Büsse, manchmal eine eingebrachte Bunt oder eine durchstoßene Tür. Immer aber kostete es eine ganze Freiwache Streckens und Zankens, um festzustellen, wer zu

erst in das falsche Hosenbein gestiegen sei, wodurch der Unschuldige gezwungen wurde, sich rasch nach einem freien Hosenbein umzusehen, damit er nicht etwa mit einem unbefleierten Beine auf die Wache zu gehen gezwungen war. Es ist in der Tat zweimal vorgekommen, daß ein Hosenbein im Quartier zurückblieb, das beidemal von seinem rechtmäßigen Besitzer erst vermist wurde, als der Morgen aufkam. Es wäre ja vielleicht gegangen, wenn man sich geeinigt hätte. Aber wer sollte denn der Ausgestoßene sein, der eine Minute früher aufzustehen verdammt wurde? Beim Aufstehen begann ja gleich der wüthenbe Streit darüber, daß eine halbe Stunde zu früh geweckt worden sei, wodurch gleich alle in die nötige Stimmung versetzt wurden, um jede Einigungsverhandlung auszuschließen und im Keime zu ersticken. Dieses Streiten und Wüten und Androhen, daß man der Wache das Frühstück wecken schon anstreichen wolle, erreichte seinen Höhepunkt gerade immer dann, wenn die Schiffsglocke die Wache aufrief. Dann paarte sich die Wut mit Neurostid, daß man nicht fertig würde und gleich mit einem Anranger die Wache beginnen müsse, weil der Hund wieder einmal zu spät geweckt habe, was er aus reinem Schabernack täte, wenn man an und für sich schon mit dem Zweiten nicht gut steht.

24.

Elektrisches Licht hatte die Porikke nicht, sie mußte offenbar in ihrer Unschuld auch gar nicht einmal, daß es so etwas gäbe. Das Quartier war erleuchtet von einer Petroleumlampe. Man muß diesen Leuchtapparat schon so nennen. Es war ein verbeulter Blechbehälter mit einer Kranzverschraubung, die aus Eisenblech war, die man aber durch betrügerische Mittel so behandelt hatte, daß man glauben sollte, sie seien aus reinem Messing. Vielleicht hatte es eine Zeit gegeben, wo dieser Betrug aufrechterhalten werden konnte. Aber weil jedes Kind weiß, daß Messing nicht rostet, und von jenem Messingkranz nur noch Rest übriggeblieben war, der durch eine lange Gewohnheit in der Form eines Zylinderkranzes zusammenhielt, so war der Betrug herausgekommen, freilich zu einer Zeit, als die Lampe nicht mehr umgetauscht werden konnte, weil die Garantie ab-

gelaufen war. Die Lampe hatte auch einmal einen Zylinder gehabt. Der winzige Rest dieses Zylinders konnte allein nur dadurch als Ueberbleibsel eines brauchbaren Lampenzylinders zweifelsfrei festgestellt werden, weil zuweilen die Frage durch das Quartier schwirrte: „Wer ist denn heute dran, den Zylinder zu putzen?“ Es war nie jemand dran, und es ging auch nie jemand dran. Diese Frage wurde auch nur aus alter Gewohnheit gestellt, um uns in dem Glauben zu lassen, wir besäßen einen Lampenzylinder. Ich habe nie jemand gesehen, der so viel Mut besessen hätte, „dran“ zu gehen. Er wäre nicht mehr davongekommen. Eine leise direkte Be-



Es war ein verbeulter Leuchtapparat —

rührung des Zylinders hätte ihn in Staub zerfallen lassen, der Mistfädel wäre dafür verantwortlich gewesen, man hätte ihn den Zylinder von der Feuer abgezogen, und auf diesem Wege hätte die Kompanie einen neuen Zylinder bekommen. Das Schiff noch lange nicht. Irigendwo hätte sich schon ein Glascherben gefunden, der durch die Frage: „Wer ist denn heute dran?“ die Form eines Zylinders bekommen hätte. Die Lampe selbst war eine der Lampen, die jene sieben Jungfrauen getragen hatten, als sie auf der Hut waren. Unter solchen Umständen durfte man nicht gut erwarten, daß sie ein Seemannsquartier auch nur notdürftig erleuchten konnte. Der Docht war auch noch derselbe, den eine Jungfrau aus ihrem wollenen Unterrock geschnitten hatte. (Fortsetzung folgt.)

Fachtechnische Rundschau

Die Weberei

Jacquardmaschine.

In der Jacquardmaschine, die wir in der letzten Abhandlung kennengelernt haben, haben wir die Vorrichtung, die es uns gestattet, Bildgewebe in beliebiger Größe herzustellen. Das effektvolle Aussehen von Waren, die ein Bildmuster zeigen, macht es erklärlich, daß die Jacquardmaschine sehr ausgedehnte Verbreitung gefunden hat. In dem Augenblick aber, wo Erzeugnisse einer Maschine nicht mehr Seltenheit, sondern Gebrauchsgegenstände werden, setzen auch die Bemühungen ein, die Produktion der betreffenden Maschinen zu erhöhen. Bei der in der letzten Abhandlung besprochenen Maschinenart wird nur der Messerfaß, an den die Platinen angehängt werden, durch deren Ligen die Fäden geführt sind, gehoben. Die Platinen dagegen, deren Kettfäden nicht gehoben werden sollen, bleiben in Ruhe. Aus dem Umstand, daß nur eine Fadenpartie bewegt wird, ergibt sich eine verhältnismäßig starke Beanspruchung für diese Fadenpartie. Eine scharfe Beanspruchung ist aber hemmend bei dem Verjuch, höhere Geschwindigkeit zu erzielen. Es wird deshalb der nächste Weg sein, die Beanspruchung, die die Kettfäden erfahren, zu teilen, was dadurch geschehen kann, die Platinen, deren Kettfäden nicht gehoben werden sollen, nach abwärts zu bewegen, während die Platinen, deren Kettfäden gehoben werden sollen, durch die Messer nach oben gezogen werden. In Abbildung 1 ist eine solche Vorrichtung, die sogenannte Hoch- und Tieffach-Jacquardmaschine schematisch dargestellt. 1 ist der Messerfaß und 2 ist der Platinenboden, auf dem die Platinen, wenn sie nicht von den Messern erfaßt werden, aufliegen. 3 ist ein doppelarmiger Hebel. 4 ist eine Zugstange, die am Messerfaß angreift und 5 ist eine solche, die am Platinenboden angreift. Sowohl Platinenboden als auch Messerfaß sind in Schlitzen geführt, in denen Gleitsteine 6 und 7, die an dem Messerfaß bzw. Platinenboden befestigt sind, gleiten können. Wird nun der Hebel 3 verdreht, so kann z. B. der Messerfaß über die Zugstange 4 in die Höhe gehoben, gleichzeitig aber der Platinen-

boden gesenkt werden, so daß jetzt alle Kettfäden eine Bewegung machen und zwar die, die bei dem betreffenden Schuß oben liegen sollen nach aufwärts und die bei dem Schuß unten liegen sollen, nach abwärts. Mit den Hoch- und Tieffach-Jacquardmaschinen kann nun unter Schonung des Materials schon eine größere Geschwindigkeit als mit den gewöhnlichen Hochfach-Jacquardmaschinen erzielt werden, aber es ist noch ein Moment zu berücksichtigen, das in Abb. 2 schematisch dargestellt ist. In Abb. 2 soll 1 die Lige darstellen, die am weitesten hinten vom Warenrand liegt, und 2 soll die dem Warenrand am nächsten liegende Ligenreihe sein. 3 ist der Warenrand. Ist nun, wie es in Abb. 2 dargestellt ist, das Fach gebildet, so liegen die gehobenen Kettfäden nicht alle in einer Ebene, sondern die Kettfäden, die von der hintersten Ligenreihe herkommen, sind flacher geknickt als die, die durch die vorderste Ligen-

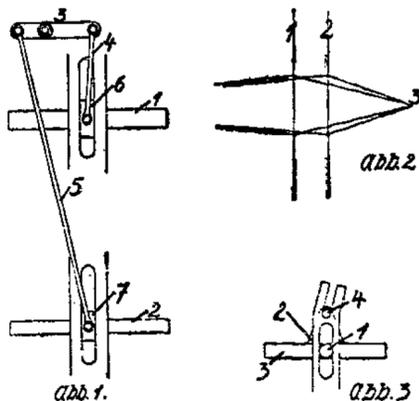


Abb. 1. Hoch- und Tieffach-Einrichtung. Abb. 2. Kettfädenlage beim geöffneten Fach (schematisch). Abb. 3. Führung bei Schrägfach-Einrichtung.

reihe laufen. Der Schützen muß, wenn er durch das Fach getrieben wird, auf den nach unten gezogenen Kettfäden laufen, wodurch gerade die Kettfäden, die von der hintersten Ligenreihe herkommen, am meisten beansprucht werden, während die anderen, unten liegenden Kettfäden so gut wie überhaupt nicht angegriffen werden. Das beste Mittel,

um Fadenbrüche, die durch die eben geschilderten Verhältnisse hervorgerufen werden, zu vermeiden, ist wieder die Beanspruchung möglichst auf alle Fäden gleichmäßig zu verteilen. Das läßt sich so machen, daß die Messerfaß bzw. Platinenböden nicht waagrecht liegen, namentlich in den Endstellungen bei ausgehobenem Fach nicht, sondern sich beim Ausheben des Faches schräg stellen. In Abb. 3 ist eine Vorrichtung, die diese Bewegung gestattet, für den Messerfaß schematisch dargestellt. Der Gleitstein ist hier durch eine Rolle 1 ersetzt. Außerdem ist noch ein Träger 2 am Messerfaß befestigt und an diesem Träger sitzt ein Bolzen 4. Wird nun der Messerfaß gehoben, so wird die Rolle 1 in der Gleitführung bewegt, der Bolzen 4 aber in der Schrägführung, und dadurch wird sich dann beim Heben der ganze Messerfaß schräg stellen, so daß die Platinen, die in unserem Bild am weitesten links (am Webstuhl ist das am weitesten hinten) liegen, mehr angehoben werden als die Platinen, die im Webstuhl am weitesten vorn von den Messern erfaßt wurden. Genau so, wie dies beim Messerfaß gemacht werden kann, kann das auch bei dem Platinenboden der Fall sein. Diese Art der Maschinen heißt Hoch- und Tief- und Schrägfach-Jacquardmaschine. Diese Maschinen sind, da sie das Material viel mehr schonen als die gewöhnlichen Hoch- und Tieffachmaschinen, besonders geeignet für empfindliche Stoffe, wie Seide, Kunstseide und ähnliches. Die Geschwindigkeitserhöhung, die diese Maschine gestattet, ist aber auch nicht beliebig, denn die Bewegungsgeschwindigkeit des Messerfaßens und des Platinenbodens muß mit der Geschwindigkeit, mit der die an den Ligen hängenden Gewichte, die wir in der letzten Abhandlung schon kennengelernt haben, sich bewegen können, im Einklang stehen. Die Geschwindigkeit dieser Gewichte hängt aber von der Fallgeschwindigkeit ab, die noch durch die Reibung der Schnüre in ihren Führungen vermindert wird, so daß also mit ganz bestimmten Geschwindigkeitsgrößen zu rechnen ist. Soll die Webgeschwindigkeit noch mehr gesteigert werden, so muß dies mit Mitteln geschehen, die eine weitere Steigerung der Geschwindigkeit der Anhängengewichte nicht nötig macht. Auch hier stoßen wir wieder auf die heute schon öfters beobachtete Methode, die Wirkung zu teilen. (Fortsetzung folgt.)

Verraten, aber nicht bezwungen

Abbruch des Gladbacher Textilarbeiterstreiks

Unter diesen und ähnlichen Ueberchriften veröffentlicht die kommunistische Zeitung „Die Freiheit“ lange Aufsätze, um den Reinfall, den die Kommunistische Partei und die RGD, bei dem Streik erlitten hat, gegenüber der Arbeiterchaft zu verheimlichen. Für all diejenigen, die bisher der Meinung waren, daß die Kommunistische Partei und die ihr zugehörige RGD, tatsächlich im Interesse der Arbeiterchaft einen Streik führen wollte, zum Zwecke besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, dürfte es nunmehr klar geworden sein, daß dies nicht der Fall ist, sondern daß es sich nur um die Verwirklichung politischer Ziele handelte. In einwandfreier Weise wird in den in Betracht kommenden Schreibrübungen zugegeben, daß es sich nur einzig und allein darum handelte, Wahlagitator für die Kommunistische Partei, wie dies von Rußland befohlen, zu betreiben. Der kommunistischen Streikparole fielen einige Belegschaften zum Opfer. Ein Erfolg für die Arbeiterchaft ist in keinem der bestreikten Betriebe zu verzeichnen. Trotzdem wagt „Die Freiheit“ zu behaupten, daß der musterergütlich durchgeführte Streik in der linksrheinischen Textilindustrie der gesamten Arbeiterchaft bewiesen hätte, daß Streik auch in der Krise möglich ist, und mit größtem Erfolg durchgeführt werden kann.

Tatsache ist, daß innerhalb der einzelnen Betriebe der Streik nicht ausgebrochen wäre, wenn nicht von Seiten der kommunistischen Partei und sonstiger fraglicher Elemente durch Gewaltmaßnahmen und Drohungen die Belegschaften von den Betrieben ferngehalten worden wären. Hierbei ist die Frage aufzuwerfen, warum nicht in dem Betriebe der Firma Busch u. Hoffmann, in welchem der

Edelradikalist Willy Meyers,

der ja auch die Kampfaufreife der revolutionären Gewerkschaftsopposition verantwortlich zeichnet, in den Streik eingetreten ist?

Die RGD, gibt sich als Führerin in diesem

Kampfe aus und sagt, daß es Tatsache sei, daß dieser Kampf durch die Aktivität der RGD, organisiert und eingeleitet wurde. Betriebsräte und Streikleitungen hätten sich fräftig bemüht, das neutrale Gesicht der Bewegung und der Führung zu wahren. Man anerkannte zwar die RGD, als Ratgeberin und Helferin im Kampf, wollte aber die Tatsache der Führung des Kampfes durch die RGD, den Belegschaften verschweigen, weil man befürchtete, daß die organisierten Kollegen dadurch abgescreckt würden.

Die RGD, hat die in den Streik hineingeführten Belegschaften im Stich gelassen.

Als die Belegschaft der Firma Fritz Cohen die Arbeit aufnahm, ging auch der Revolutionsrat Schmitz, der bei der Firma Fritz Cohen beschäftigt ist, mit in den Betrieb hinein. Kurz nach Arbeitsaufnahme wandte er sich an den Obermeister und später an den Betriebsdirektor reumütig mit der Bitte, ihm doch einen Krankenschein zu geben, er müsse zum Arzt gehen, die Streiktage hätten ihn doch in seiner Gesundheit sehr angegriffen. Die Belegschaft der Firma Fritz Cohen und mit ihr andere, beurteilen diesen Fall kritisch und werden diesem Führer bei der nächsten Gelegenheit die gebührende Antwort geben.

Die Betriebsratsmitglieder

der bestreikten Betriebe, die sich mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dafür eingesetzt haben, daß die irregulierten Belegschaftsmitglieder ohne Schädigung wieder in den Betrieb hineinkamen, denen schreibt man in der „Freiheit“ u. a. von der Firma Klein u. Vogel, sowohl wie von Richter u. Ebels folgendes ins Stammbuch:

„Die Kollegen haben nunmehr erkannt, daß ein solcher Betriebsrat, der sich von der Bürokratie und dem Unternehmer als Streikbrecher gebrauchen läßt, verschwinden muß. — Die Kollegen haben zuviel Vertrauen in ihren Obmann gesetzt und bedachten nicht, daß wenig geschulte Kol-

legen den verräterischen Argumenten der Bonzen unterliegen.“

Die betreffenden Betriebsvertretungen werden nunmehr erkennen, welches verräterische Spiel mit ihnen getrieben wurde und werden für die Folgezeit sehr weit von der RPD, und RGD, abrücken.

Treue Bundesgenossen in diesem Streik waren die Nazis.

Auch diese wollen von einem Tarifvertrag und von dem Verrat der Gewerkschaften reden. Wohingegen feststeht, daß Tarifverträge von der Nationalsozialistischen Partei nicht gemollt sind und daß andererseits, entsprechend der gegebenen Anweisung der Nationalsozialistischen Partei, die Herren Pp. Arbeitgeber darauf hinzuweisen sind, daß bei evtl. Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verhältnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhekte. Spenden jedweder Art, seien es Geldspenden, Lebensmittel- und Kleidergaben, sollten abgegeben werden, bei den Ortsgruppenleitern der Nazis, der nationalsozialistischen Frauenschaft oder in der Nazibuchhandlung in der Bismarckstraße.

So führen RGD, und Nazis gemeinsam Wirtschaftskämpfe angeblich im Interesse der Arbeiterchaft.

BERICHTE AUS FACHKREISEN

Plauen I. V.

In einer gutbesuchten Versammlung erwerbsloser Textilarbeiter sprach hier Kollege Lang vom Hauptvorstand über Gewerkschaften und Reichstagswahl. Die treffenden Ausführungen, über die in der vorigen Nummer unter Bengensfeld berichtet wurde, fanden auch hier begeisterte Aufnahme.

Reichenbach I. V.

Die hier von der Ortsverwaltung arrangierte Mitgliederversammlung hätte besser besucht sein können. Das Referat des Kollegen Lang vom Hauptvorstand fiel auf sehr guten Boden, was die Versammelten durch häufige Beifallstundgebungen bezeugten. Man versprach, bei zukünftigen Versammlungen für besseren Besuch zu werden.

N. Gladbach, Rheydt und Umgegend

Der Arbeiterrat der Firma Josten legt Wert darauf, daß mir in bezug auf Nummer 31 des „Textilarbeiter“ uns dahingehend berichtigen, daß bezüglich der Entlassung der 350 Arbeiter soweit wie irgend möglich nach sozialen Gesichtspunkten verfahren worden ist. Die Redaktion.

Die Groß-Schönauer Textilarbeiterinnen kämpfen mit der Eisernen Front

Bereites Zeugnis davon legte die von der A.R. im Rahmen der Eisernen Front veranstaltete Frauerversammlung ab, die von 350 Arbeiterinnen besucht war.

Die Redner, Genosse Stolle-Zittau und Genossin Schöning-Böbau verstanden es in überzeugender Weise, den Anwesenden darzulegen, was bei den Reichstagswahlen für die werttätige Bevölkerung und für die Arbeiterinnen im besonderen auf dem Spiele steht. Begeisterte Zurufe und lebhafteste Zustimmung belohnten die Redner. So konnte die Versammlung mit Kampfesstimmung und Freiheitsrufen vom Leiter, dem Kollegen Heidel, beendet werden mit der Gewißheit, die Textilarbeiterinnen kämpfen mit!

Die Ordnung von heute

Aus dem Tagebuch eines Wohlfahrtsdezernenten. Von Stadtrat Hermann Dreßler.

Erschienen in der Verlagsanstalt „Courier“ G. m. b. H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Preis brosch. 2,— M., geb. 2,50 M.

Wir finden in einem neu erschienenen Buch*) zu dieser Frage niederdruckenderes Tatsachenmaterial. Wir sehen, wie für große Teile des Volkes das Wohnelnd Verbahren und Laster beängstigend, wie die Menschen durch Arbeitslosigkeit auf die Straße geworfen, vertieren und verkommen, wie der Alkoholismus, die Tuberkulose, die Prostitution wertvolles Menschenleben vernichten. Warum, fragt er mit Recht, muß das alles so sein. Warum müssen Frauen Widonen gebären, die dem Volk im Einzelfall bis zu 30 000 Mark Kosten verursachen, wer gibt dem Richter das Recht, eine Mutter zu morden, die aus Not ihr neugeborenes Kind erdrosselt hat? Erst läßt man die Armen schuldig werden und dann sieht man über sie zu Gericht.

Diese Menschen, die heute über andere Recht sprechen, die kapitalistischen Ausbeuter, die das Elend verschulden, die scheinheiligen Volkswörter, die auf ein besseres Jenseits verdrösten, sie alle finden diese Zustände ganz in der Ordnung. Und was tut der Staat? Er treibt ein wenig Wohlfahrtspflege. Ein Tropfen auf dem heißen Stein. Man hat keine Mittel dafür. Aber es könnte auch mit den vorhandenen Mitteln mehr geleistet werden, wenn man sie zweckmäßiger anwenden würde. Vor allem müßte man sich zu einer planmäßigen Geburtenregelung durchringen. Deutschland zählt außerhalb der Anstalten bereits 250 000 Widonen, die fast alle von dem Wohl-

*) Altenstaub.

fahrtsämtern unterhalten werden müssen, die sich aber heute noch fortpflanzen und wieder Schwachsinnige zeugen dürfen. Und das alles in einer Zeit, wo man nicht weiß, wie man für die Millionen Wirtschaftsoptioner die notwendigsten Mittel aufbringen soll.

Nur langsam werden die Menschen lebend, und nur allmählich erwacht das Proletariat. Aber eines Tages wird es doch eine andere Gesellschaftsordnung schaffen, in der es dieses unfähige Elend, diese zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit nicht mehr geben wird. R. F. e. g.

Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1932

Bei der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft wurden im ersten Halbjahr 1932 86 523 Anträge auf Abschluß von Volks- und Lebensversicherungen eingereicht; außerdem haben 80 167 Versicherte einen Antrag auf Gewährung einer Sterbegeldversicherung für arbeitslose Versicherungsnehmer (Erlagversicherung) gestellt.

Der Antragsingang entspricht unter Berücksichtigung der außerordentlich ungünstigen Auswirkungen der herrschenden Krise durchaus den gestellten Erwartungen, und zwar um so mehr, als vorwiegend diejenigen Bevölkerungskreise, die das Kontingent der Gesellschaft darstellen, von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation am stärksten betroffen werden.

Es ist ferner sehr erfreulich, daß 24 577 Versicherungsnehmer die Wiederinanspruchnahme ihrer Versicherung, die sich durch die Einstellung der Prämienzahlung nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres automatisch in eine prämienfreie umgewandelt hatte, beantragt und infolgedessen das frühere Vertragsverhältnis, d. h. also, den Versicherungsschutz in der ursprünglichen Höhe wieder hergestellt haben.

Die Wiederinanspruchnahme einer Versicherung ist jedoch nur dann möglich, wenn der Versicherungsnehmer die Versicherung als prämienfreie bestehen läßt, nicht aber, wenn er — wie dies leider allzu oft geschieht — die Auflösung des Versicherungsvertrages durch Kündigung vornimmt; denn hierdurch erleidet er nicht nur einen erheblichen finanziellen Verlust, sondern verzichtet auch freiwillig auf die durch den Vertrag erworbenen Rechte, für deren Aufrechterhaltung gerade in der Notzeit unbedingt Sorge getragen werden sollte.

Achtung Seiden-Handdrucker!

Die Schweiz ist gesperrt.

Mit dem 1. August 1932 sind die Seidenhanddrucker der Schweiz an sämtlichen Orten, wo sich Seidenbrudereien befinden, in den Streik getreten. Der Ausstand erfolgte, weil

1. die Seidenbruderei-Unternehmer auf dem bestehenden Tarif von Februar 1929, nachdem bereits seit drei Jahren durch direkten Lohnabbau, Wegnahme der Entschädigung für lokale und gesetzliche Feiertage die vorgegebene Pauschalentschädigung von 120,— Fr. pro Jahr beseitigt, und durch Entzug der vereinbarten Ferien — der Lohnabbau insgesamt 30 bis 35 Proz. ausmacht —
 2. nun neuerdings laut Generalversammlungsbeschluss der Verband Schweiz, Seidenbrudereien (S. D. B.) vom 18. Juli 1932 einen Lohnabbau von 15 bis 25 Proz. durchführen will. (Reduktion der Zulage für Stoff- und Leihdruck um 50 Proz.)
- Sodann haben die Druckerfabrikanten die bisherige tarifliche Regelung eigenmächtig und vertragswidrig außer Kraft erklärt. Die Kollegen Seidenbrucker sind hierauf, nachdem den Unternehmern ein Ultimatum gestellt wurde, mit letztem Montag in den Ausstand getreten.

Wir bitten unsern deutschen Bruderverband, sich sofort mit den betr. Zahlstellen, in denen Handdrucker beschäftigt sind, in Verbindung zu setzen. Es soll insbesondere die Sperre des Schweiz. Verbandes im Verbandsorgan bekannt gemacht werden. Ferner sind die Druckergruppen darauf aufmerksam zu machen, auf allfällige von Schweizer Druckerfabrikanten überwiesene Streikaufräge Acht zu haben in bezug der Nummer und des Zeichens und uns allfällige Wahrnehmungen sofort zu melden.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 14. August, ist der Beitrag für die 33. Woche fällig

Verlorenes Mitgliedsbuch

Das Mitgliedsbuch Nr. 1 558 456, ausgestellt auf den Namen Franz Seidel, geb. am 21. Januar 1907 in Falkenstein, eingetreten am 2. Mai 1927 in Falkenstein, wird als verloren gemeldet. Evtl. Zufindung an die Geschäftsstelle Falkenstein i. B.

Adressenänderungen

Gau Dresden. Deberan: Alle Sendungen an Eouard Diebs, Ehrenzug 6.
Reichenbach i. B.: Büro Markt 5.
Berbau: Alle Sendungen an Ernst Harzer, Flemingstraße 2.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßler in Berlin. — Verlag: Axel Schaber in Berlin, Remise Str. 89. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Baußinger u. Co. in Berlin.

Die Fahrtkosten-Rückerstattung des Leipziger Meßamts im Urteil ausländischer Einkäufer

In der Auslandswerbung für die Frühjahrsmesse 1932 hat das Leipziger Meßamt zum ersten Male den Versuch gemacht, nach dem Beispiel einiger großer industrieller Firmen ausländische Einkäufer für den Besuch der Messe dadurch zu gewinnen, daß man ihnen eine Rückerstattung der Fahrtkosten nach Maßgabe der bei den Ausstellern erteilten festen Aufträge in Aussicht stellt. Diese Werbemethode hat bei den Ausstellern vielfach Widerspruch gefunden. Das Leipziger Meßamt hat sich daher veranlaßt gesehen, bei denjenigen ausländischen Einkäufern, die auf der Frühjahrsmesse größere Aufträge erteilt haben und infolgedessen die Fahrtkostenerstattung in ganzer Höhe in Anspruch nehmen konnten, eine Rundfrage über ihre Beurteilung dieser Werbemethode zu veranlassen. Ein sehr großer Teil der befragten Auslandseinkäufer hat die Anfragen beantwortet, so daß es an Hand der Unterlagen möglich ist, sich ein deutliches Bild über die Wirkung dieser neuartigen Werbemethode im Ausland zu bilden. Dabei kommt man zu dem interessanten Ergebnis, daß 76 Proz. aller ausländischen Einkäufer, die größere Aufträge auf der Leipziger Messe erteilt haben, sich durchaus für die Beibehaltung der Fahrtkostenerstattung für die zukünftigen Messen erklären. Auf Grund der Fragestellung geht hervor, daß diese Einkäufer die Leipziger Messe zum großen Teil deshalb besucht haben, weil sie in diesem Angebot des Fahrtkostenerstatters ein Entgegenkommen der Aussteller und einen geschäftlichen Vorteil für sich selbst sahen. Fast alle betonen, daß die finanzielle Vergünstigung nicht in erster Linie ausschlaggebend war. Daß sie vielmehr in diesem Angebot der Aussteller das Musterbeispiel eines wirklichen Kundendienstes sahen. Sehr viele dieser Einkäufer erklären gleichseitig, daß, wenn sie auch ohne dieses Angebot die Messe besucht hätten, sie im besten Falle Probeaufträge erteilt haben würden, um sich endgültige Dispositionen nach Einstellung von Konturproben aus anderen Ländern für spätere Zeit vorzubehalten. Man ersieht daraus, daß der Zweck dieser Propaganda, die ausländischen Einkäufer zu einer Erzielung ihrer Aufträge während der Messe zu veranlassen, erreicht worden ist.

Was die befragten Einkäufer haben angegeben, daß für sie die Rückzahlung ihrer Fahrtkosten nicht bestimmend für ihren Besuch der Leipziger Messe gewesen ist, daß sie vielmehr auch ohne dieses Entgegenkommen nach Leipzig gefahren wären. In einer Beibehaltung der Fahrtkostenerstattung erklären 76 Proz. der Einkäufer.

Die restlichen 24 Proz. der Auslandseinkäufer stellen mit, daß sie keine klare Antwort auf die

Frage, ob sie die Messe auch ohne Fahrtkostenerstattung besucht haben würden, erteilen können. Sie hätten auch ohne diese besondere Werbung die Messe besucht und sie würden wahrscheinlich auch feste Aufträge erteilt haben, ohne daß ihnen 1 Proz. des Wertes ihrer Bestellungen vergütet worden wäre. Die meisten von ihnen halten die Beibehaltung der Fahrtkostenerstattung an ausländische Einkäufer für zweckmäßig. Man kann also diese 11 Proz. der Einkäufer zu den 76 Proz. hinzuzählen, die sich unbedingt für eine Beibehaltung dieser neuartigen Werbung ausgesprochen haben, so daß also insgesamt 87 Proz. der Auslandseinkäufer, die auf der Frühjahrsmesse feste Aufträge erteilt haben, für die Beibehaltung der Fahrtkostenerstattung sind. Damit hat sich eine überragende Mehrheit der ausländischen Interessenten für die Fortführung der Werbung mit dem Motto „Freie Fahrt zur Leipziger Messe“ erklärt, so daß es durchaus im Interesse der Aussteller liegt, wenn die Fahrtkostenerstattung auch weiterhin beibehalten wird. Auch die rein praktischen Ergebnisse sprechen für die Weiterführung dieser Werbung, sind doch über 16 000 Einzelaufträge Fahrtkostenerstattungs-pflichtig gemacht worden, an denen etwa 3600 Ausstellern von insgesamt 7716 beteiligt waren. Von diesen 3600 Ausstellern haben rund 2000 zu den Kosten anteilig beigetragen; die übrigen 1600 Firmen brauchten zur Fahrtkostenerstattung nicht herangezogen werden, da der vom Meßamt für die einzelnen Firmen bereitgestellte Fond ausreichte.

Eine neue Ermäßigung der Speditionssätze für die Leipziger Herbstmesse

Der beim Leipziger Meßamt bestehende Speditionsausschuß hat in seiner letzten Sitzung im Einvernehmen mit der Reichsbahn beschlossen, die bisherigen Speditionsätze für die vom 28. August bis 1. September stattfindende Leipziger Herbstmesse auf die Gebührentarife des Bahnspeditionsbetrages herabzusetzen. Durch die Zuschüsse der Reichsbahn und durch weitere Senkung der Speditionsätze tritt eine erhebliche Ermäßigung der bisher gültigen Speditionsätze für Stückgüter, die für die Herbstmesse oder für die Messe für Baum-, Haus- und Betriebsbedarf bestimmt sind, ein. Die neue Speditionsätze betragen für die Rollgefäße mehr als ein Drittel. Durch Vereinbarung mit der Reichsbahn und den Reichspediteuren sind weiter erhebliche Kostenermäßigungen für die Behandlung der Ladungen erreicht worden. Die bisher bestehenden Vergünstigungen, die bei rechtzeitiger Anlieferung der Güter vor der Messe gewährt wurden, bleiben auch weiterhin bestehen.